

42 Mittelschulen vor dem Aus?

Spaenle: „SPD-Zahlenwerk lässt viele Fragen offen“

Landshut/Regensburg. (rm) 42 Mittelschulen in Ostbayern droht nach einer von der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag in Auftrag gegebenen Untersuchung das Aus. Anhand von Geburtenzahlen und -prognosen sowie Übertrittsquoten hat der Dachauer Schulentwickler Roland Grüttner die voraussichtlichen Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2019/2020 errechnet. Sofern bis dahin für die jeweilige Schule weniger als 28 Schüler zu erwarten sind, muss mit Schließung gerechnet werden.

Demnach wären von den 105 Mittelschulen in Niederbayern 22 gefährdet, von den 86 Mittelschulen in der Oberpfalz 20. Bayernweit sind es 149 Mittelschulen, die der Untersuchung zufolge vor dem Aus stehen. Nicht in der Berechnung enthalten sind die Mittelschulen in den kreisfreien Städten. Die im Jahr 2012/2013 mindestens vorübergehend stillgelegten Mittelschulen hatten der Untersuchung zufolge im Schnitt noch 28,5 Schüler.

SPD-Bildungssprecher Martin Güll hält für die meisten der betroffenen Schulstandorte eine Lösung in Form der Gemeinschaftsschule parat. Wenn die aus dem jeweiligen Schulsprengel kommenden Kinder in der Sekundarstufe I (fünfte bis zehnte Klasse) gemeinsam unterrichtet würden, könne man die meisten Schulstandorte erhalten. Voraussetzung sei, dass an dem jeweiligen Schulstandort wenigstens zwei Drittel der Grundschullehrer damit einverstanden seien.

Spaenle will auf Schulverbände setzen

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle widersprach dem von der SPD vorgelegten Zahlenwerk nicht, die Prognose lasse allerdings „sehr viele Fragen offen“. Spaenle setzt als Gegenstrategie hauptsächlich auf die Bildung von Schulverbänden, zu denen sich kleine Mittelschulen zusammenschließen. Dann könnten auch Mittelschulen erhalten werden, an denen nicht mehr durchgängig alle Jahrgangsstufen vorhanden seien, sagte Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU). Das Kultusministerium habe „frühzeitig gehandelt, um Schulen zu sichern“.

SPD-Bildungspolitiker Güll bezweifelte, dass Schulverbände viel bringen. Auch eine Zusammenlegung der fünften bis zehnten Klassen von Mittel- und Realschule werde in solchen Fällen nicht ausreichen. Die Mittelschule Falkenberg

im niederbayerischen Rottal-Inn habe noch im vergangenen Jahr verkündet, dass die Schließung durch die Bildung eines Schulverbands abgewendet sei, zum Schuljahr 2012/2013 stehe das Schulhaus leer, berichtete Güll. Er sei überzeugt, dass man auch in Bayern um Gemeinschaftsschule zur Abwehr des Schulsterbens auf dem Lande nicht herum komme.

Standortgutachten für Gemeinschaftsschule

Vier auch von CSU-Bürgermeistern vertretene Gemeinden arbeiten nach Angaben Gülls derzeit mit der SPD-Landtagsfraktion zusammen, um ein Standortgutachten für eine Gemeinschaftsschule zu erarbeiten und einen fundierten Antrag an das Kultusministerium zu stellen. Nach der zehnten Klasse sollen die Schüler dann entscheiden können, ob sie einen Quali-Abschluss oder einen Realschulabschluss ablegen oder aufs Gymnasium gehen wollen. Dieses Konzept wird nicht nur von der CSU-Schulpolitik, sondern auch von den Landesvertretungen der Realschul- und Gymnasiallehrer entschieden abgelehnt. Die Zahl der Schulschließungen habe man in den letzten Jahren deutlich senken können, betonte Kultusminister Spaenle. Zum Ende des Schuljahres 2007/2008 seien bayernweit noch 45 staatliche Hauptschulen geschlossen worden, zum Ende des Schuljahres 2011/2012 nur noch drei Haupt- und Mittelschulen.

Schulen, in denen kein Unterricht mehr stattfindet, würden allerdings nicht als „geschlossen“ geführt, erläuterte Güll vor diesem Hintergrund. Schulen, die „noch nicht formell geschlossen“ seien, könnten bei veränderten Schülerzahlen oder bei Einrichtung eines Schulverbands „neu belebt“ werden.

Die Katholische Erziehergemeinschaft Bayern (KEG) sieht die Zahlen und Gedankenspiele der Bayern-SPD mit gemischten Gefühlen. Vorsitzende Ursula Lay kommentierte: „Die Zahlen, die die SPD hochgerechnet hat, mögen für sich alleine genommen zwar möglich sein, aber die Annahme, dass die Gemeinschaftsschule die Rettung in der demographischen Misere sei, ist realitätsfern.“ Lay sieht die Bildungsungerechtigkeit und das Bildungsniveau gefährdet. Ein Blick in alle Bundesländer, die die Gemeinschaftsschule eingeführt hätten, zeige, dass sowohl Anforderungen als auch Abschlussniveau kontinuierlich herabgesetzt worden seien.